

Kloster Mariastein: ein Jahrhundert im Exil und die Rückkehr von 1971

Vortrag von Prof. Urs Altermatt (Solothurn)

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

meine Damen und Herren

Zunächst danke ich herzlich für die ehrenvolle Einladung, in diesem feierlichen Rahmen über die Wiederherstellung des Klosters Mariastein sprechen zu dürfen. Eigentlich müsste dieses Referat der anwesende Alt-Abt P. Dr. Lukas Schenker, halten, denn er verfasste das massgebliche Buch über dieses Thema («Exil und Rückkehr des Mariasteiner Konvents 1874–1981»). Ein sachkundiger Redner wäre auch Regierungsrat Dr. Remo Ankli, dessen Dissertation ich 2010 mit dem Titel «Freisinnig und katholisch. Das Schwarzbubenland im Kulturkampf» in der Beinwiler Klosterkirche vorstellte..

Mit Mariastein bin ich seit meiner Jugend verbunden. Ich bin zwar in Biberist geboren und in Langendorf aufgewachsen, habe in Solothurn geheiratet, ich bin aber in Nunningen und Zullwil heimatberechtigt. In den Ferienwochen erzählte mir Grossmutter früh von den Legenden des Fallwunders, das als Ursprung der Marien- Wallfahrt seit dem 14. Jahrhundert angesehen wird. In den frühen 1950er Jahren bin ich als 10-jähriger Bub mit meinem Vater und andern Solothurner Männern anlässlich der Gelöbniswallfahrt (seit 1940 im zweiten Weltkrieg) von Oberdorf zu Fuss über die Juraberge nach Mariastein marschiert. Pilgerreisen waren immer gesellige Gemeinschaftserlebnisse.

Im Mittelpunkt der heutigen Feier steht nicht das Wallfahrtswesen, sondern das Benediktinerkloster in Mariastein, das an das um 1100 vom lokalen Adel gegründete Kloster in Beinwil anknüpft. Nach dem Niedergang des Klosters Beinwil im Spätmittelalter erwogen der Rat in Solothurn und die Beinwiler Mönche, an einen attraktiveren und einträglicheren Ort in der Nähe eines Wallfahrtsorts umzuziehen. Oberdorf bei Solothurn stand auch zur Diskussion.

1648 übersiedelten der Konvent unter dem Solothurner Abt Fintan Kieffer ins Leimental. Im gleichen Jahr begann der Bau der Kirche unter der Leitung eines Baumeisters aus Solothurn mit dem Namen Urs Altermatt.

Im letzten Drittel des 17. und im 18. Jahrhundert erlebte das Kloster einen Aufschwung. Die Benediktiner betreuten das aufblühende Wallfahrtswesen, sie unterhielten einen Oekonomiebetrieb, leiteten eine Lateinschule für Buben, führten die Statthalterei von Beinwil und besorgten als Ortspfarrer die Seelsorge in verschiedenen Pfarreien im Schwarzbubenland.

Mit dem Einmarsch der Franzosen 1798 wurde das Kloster ausgeraubt und Gebäude verkauft, die Mönche flüchteten, doch konnte sich das Kloster nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik rasch wieder einrichten.

Mit der Französischen Revolution und dem Sturz des aristokratischen Ancien Régimes setzten in der Eidgenossenschaft revolutionäre Umwälzungen ein. In den 1840er Jahren wurden im Aargau Klöster als unzeitgemässe Institutionen aufgehoben. Regierungstürze und Putschs erschütterten die Schweiz, die im monarchischen Europa als liberal- demokratisches Revoluzzernest galt. Nach einem kurzen Bürgerkrieg von 1847 zwischen den radikal- liberalen und den katholisch-konservativen Sonderbunds-Kantonen wurde der Weg zum neuen Bundesstaat von 1848 frei.

In den damaligen Verfassungskonflikten – Staatenbund oder Bundesstaat? – spielten die Religion, die Stellung der christlichen Kirchen, Fragen des Zivilstandswesens, der Ehe und Schule zentrale Rollen. Dass die römisch-katholische Kirche dabei auf der konservativen Seite stand, verwundert nicht. Papst Pius IX. wetterte gegen den Sittenzerfall, gegen Indifferentismus, Liberalismus, Sozialismus und viele andere Ismen als moderne Irrlehren.

Als das Erste Vatikanische Konzil 1870 in Rom den Primat des Papstes und dessen Unfehlbarkeit in Lehrfragen feierlich verkündete, eskalierten die politisch-weltanschaulichen Kulturkämpfe. Verschiedene radikal-liberale Kantonsregierungen ergriffen Massnahmen gegen die katholische Kirche, die sie als ein Bollwerk der «Reaktion» betrachteten. Die Diözesanstände des Bistums Basel (ohne Luzern und Zug) setzten 1873 den römisch gesinnten Bischof Lachat ab, der Bundesrat löste im gleichen Jahr die diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl auf, die Berner Regierung wies romtreue Pfarrer im katholischen Nordjura aus – um nur diese Beispiele zu nennen.

Auch im Kanton Solothurn radikalisierte sich das Klima. 1830/31 waren die Liberalen mit Josef Munzinger als Führer gegen Aristokratie und Stadtregiment an die Macht gekommen, nicht zuletzt mit Hilfe der aufmüpfigen Schwarzbuben und liberal gesinnter Geistlicher und Lehrer. Als einziger grossmehrheitlich katholischer Kanton (neben dem Tessin) beteiligte sich Solothurn in der eidgenössischen Tagsatzung 1847/48 auf der Seite der «Fortschrittspartei». Der spätere Bundesrat Munzinger gehörte zu den gemässigten Kräften, war gegen Gewaltanwendung und setzte sich für Kompromisse ein. Als bekennender liberaler Katholik (mit drei Tanten als Klosterschwestern) wusste er, dass es unklug wäre, gegen solothurnische Klöster vorzugehen.

1856 stürzten die Radikalen (damals die «Roten» genannt) die «grauen» Altliberalen der Munzinger Richtung. Und im Unterschied zu den 1840er Jahren rückte der Kanton Solothurn in dieser zweiten Periode der Kulturkämpfe unter der Führung Wilhelm Vigiers an die Front des Geschehens. 1871 fand in Solothurn die Gründungsversammlung des «schweizerischen Vereins freisinniger Katholiken» statt. 1875 wurde in Olten die christkatholische Synode gegründet, und Vigier wurde christkatholischer Synodalrat. Am 19. April 1874 wurde die neue Bundesverfassung mit verschärften Artikeln gegen Jesuiten und Klöster angenommen.

In dieser Zeitstimmung geriet das Kloster Mariastein in den Strudel des Kulturkampfes, denn antiklerikal eingestellte Freisinnige sahen in den Klöstern von Rom gesteuerte Gegner des Liberalismus. Vor allem die Jesuiten galten als Vorreiter des römisch-fundamentalistischen Katholizismus, den sie «Ultramontanismus» nannten. Die papsttreuen Katholiken wurden als unzuverlässige Patrioten verunglimpft – wie später die Sozialisten im Landesstreik.

Im Konvent in Mariastein kam Angst auf, der Abt erwog für den Notfall – verständlich, aber unklug - Alternativen. 1873 bot ein elsässischer Adelige namens Castex der verängstigten Klostergemeinschaft einen Tauschhandel der Güter über die Landesgrenzen hinweg an. Abt und Konvent führten Verhandlungen, traten aber im letzten Moment vom Vertragsentwurf zurück. Die Regierung spielte nach dem Urteil des Historikers Lukas Schenker ein Doppelspiel. Gerüchte machten die Runde.

Die Castex-Affäre nahmen nun radikale Freisinnige zum Anlass, dem Kloster die Vermögensverwaltung zu entziehen. In einem nächsten Schritt beschlossen Kantonsrat und Regierung, das Kloster aufzuheben, mit dem Argument, es wolle ja ins benachbarte Elsass ziehen.

Wer die damaligen politischen Verhältnisse mit ihrem Klientensystem kennt, erstaunt nicht, dass das Solothurner Volk in der Abstimmung vom 4. Oktober 1874 unter dem schönfärberischen Titel «Reorganisation» dem Aufhebungs- und Enteignungsgesetz des Klosters mehrheitlich zustimmte – mit 8352 gegen 5909 Stimmen. Die beiden Schwarzbuben- Bezirke stellten sich grossmehrheitlich

hinter das Kloster. In den verwirlichen Auseinandersetzungen ging es nicht nur um die ideelle und rechtliche Existenzberechtigung, sondern auch um die materiellen Güter des Klosters, die der sich modernisierende Kanton gut gebrauchen konnte.

Bereits im März 1875 wurden die Mönche polizeilich aus dem Kloster ausgewiesen. Um das Wallfahrtswesen nicht zu gefährden, durften wenige Mönche in Mariastein bleiben. Auch die Patres in den Klosterpfarreien wurden belassen, da sonst die Seelsorge dieser Dörfer im Schwarzbubenland zusammengebrochen wäre.

Da Abt und Konvent sich nicht auflösten, begann nun der lange Weg einer zeitweise abenteuerlichen Wanderschaft im Exil, die ich kurz schildern möchte.

Erste Etappe: Im Herbst 1875 zogen die Mariasteiner Patres nach Delle bei Belfort in Frankreich und eröffneten eine Knabenschule.

Zweite Etappe: Da um die Jahrhundertwende von 1900 auch in Frankreich eine kulturkämpferische Stimmung aufkam und kirchenfeindliche Kongregationsgesetze erlassen wurden, mussten die Mariasteiner eine neue Heimstätte suchen und zogen zunächst 1902 nach Dürrnberg bei Hallein im Salzburgerland. Eine unbefriedigende Lösung, zu weit von der Schweiz und vom Wallfahrtsort entfernt.

Da ergab sich eine unerwartete Wendung. Auf Gesuch der Urner Regierung übernahmen die Mariasteiner Patres 1906 das Kollegium Karl Borromäus in Altdorf, das sie bis 1981 als Kantonsschule betreuten. Ohne Zweifel ein wichtiger Schritt für das Bildungswesen der benachteiligten Landbevölkerung in der katholischen Schweiz – auch ein Akt in der Tradition der früheren Lateinschule in Mariastein. Das Kollegium Karl Borromäus reihte sich in den Kranz der bestehenden Klosterschulen in Einsiedeln, Engelberg, Schwyz, Immensee, Sarnen, Stans und andere ein. Zahlreiche katholische Solothurner Buben, hauptsächlich von der Landschaft, begannen so ihre höhere Ausbildung in Altdorf.

Die Übernahme des Kollegiums in Altdorf war für den Konvent ein entscheidender Grund, näher an die Schweizer Grenze zu rücken. In Bregenz im österreichischen Vorarlberg bauten die Patres das Sankt Gallusstift auf und erlebten eine Blütezeit. 1940 zählte der Konvent 70 Mitglieder. Mit Einsiedeln und Sachseln gehörte Mariastein, das ins Elsass und nach Süddeutschland ausstrahlte, zum Spitzenclub der Wallfahrtsorte.

Trotz dieser goldenen Zeit war an eine Rückkehr nach Mariastein nicht zu denken, denn die Bundesverfassung verbot als Relikt aus den Kulturkämpfen des 19. Jahrhunderts Neugründungen von Klöstern. Da trat ein weltpolitisches Ereignis ein, dessen Auswirkungen einen neuen Exodus für die Mariasteiner zur Folge hatte. Hitler- Deutschland annektierte 1938 Österreich und entfesselte 1939 den zweiten Weltkrieg, der ganz Europa in eine Katastrophe führte - mit Millionen von Toten, mit dem Genozid an den europäischen Juden und unermesslichem Leid an der Zivilbevölkerung.

Da das nationalsozialistische Deutschland auch gegen christliche Kirchen und deren Gläubige vorging, wurde das Schweizer Kloster in Bregenz erneut Opfer staatlicher Schikanen und Verfolgung. 1941 wurden die Schweizer Benediktiner mit Hilfe der Gestapo aus Bregenz buchstäblich verjagt. Als Schweizer erhielten die Mariasteiner Asyl in ihrem Heimatland. Die Solothurner Regierung erlaubte ihnen, in ihren früheren Gebäuden Zuflucht zu finden, die dem Kanton Solothurn teilweise als Schulgebäude dienten. Allerdings ohne Änderung ihres rechtlichen Status, in einem gewissen Sinne provisorisch.

In der Aufbruchstimmung der Nachkriegszeit rückten die früheren parteipolitischen Gegner näher zusammen. Die damalige Katholikenpartei, die spätere CVP, besass als Juniorpartner der Freisinnigen

seit 1919 zwei Bundesräte und forderte nun in der entstehenden Konkordanz die Aufhebung der diskriminierenden Ausnahmeartikel aus der Zeit von 1848 und 1874. 1954 reichte Ständerat Ludwig von Moos, der spätere Bundesrat, eine Motion ein. Im Kanton Solothurn verlor der Freisinn um die gleiche Zeit seine bisherige Vorherrschaft: 1943 das Doppelmandat im Ständerat, 1952 wegen einer rot-schwarzen Allianz die Mehrheit in der Regierung.

Auch der Kanton Solothurn besass eine Hypothek aus der Kulturkampfzeit. Ein Jahr vor Ständerat von Moos, 1953, machte der konservative Kantonsrat Alban Müller von der «Solothurnischen Volkspartei» im Zusammenhang mit einer Debatte über den Beinwiler Wald einen Vorstoss und brachte die Mariastein-Frage ins Rollen.

Der Regierungsrat wusste um die bundesstaatlichen Hürden für eine Wiederherstellung des Klosters. Um die rechtlichen Fragen zu klären, erhielten Universitätsprofessoren aus Zürich und Basel Aufträge für Gutachten. 1964 nahm der Basler Staatsrechtsprofessor und FDP-Nationalrat Max Imboden das Dekret von 1874 wörtlich: das Kloster sei 1874 nicht aufgehoben, sondern nur «reorganisiert» worden. Da die Klostersgemeinschaft mit ihrem Abt ohne Unterbruch im Exil Bestand hatte und durch weltpolitisches Schicksal 1941 wieder in Mariastein als Asylanten gelandet war, ging es eigentlich nur um die Rückgabe der korporativen Selbständigkeit auf rechtlicher Basis und um finanziell-materielle Fragen.

Nach langen Verhandlungen legten Kantons- und Regierungsrat dem Volk ein Gesetz zur Wiederherstellung des Klosters zur Abstimmung vor. Am 7. Juni 1970 stimmten 29 053 Solothurner Ja, 14 017 Nein, 5 210 enthielten sich der Stimme. Ein Jahr später gab Landammann Willi Ritschard im Namen von Regierung, Kantonsrat und Volk in einem Festakt Klosterkirche und Gebäude an die Benediktinergemeinschaft unter Abt Basil Niederberger zurück. Damit wurde ein Makel – andere sprechen von Unrecht - aus der Kulturkampfzeit wieder gutgemacht.

Im Kontext der Zeitgeschichte wird der Volksentscheid von 1970 gut verständlich. Zwei Jahre später, 1973, strichen die Schweizerinnen und Schweizer das Kloster- und Jesuitenverbot in der Bundesverfassung.

Was lerne ich aus der Geschichte über die Wiederherstellung des Klosters Mariastein? Erstens: Der Kanton Solothurn setzte 1970 den vielgerühmten «Wengi-Geist» in die Tat um und praktizierte in der Vorhut der Kantone religiös-konfessionelle Toleranz. Zweitens: Sofern es seine Identität als benediktinische Gemeinschaft bewahrt, wird das 900-jährige Kloster Mariastein die gegenwärtigen Säkularisierungsschübe und die damit verbundenen internen Probleme überstehen. Schliesslich: Toleranz, auch religiöse, ist die Grundlage einer offenen, pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaft.